

Berlin, 09.04.2019

## Deutscher Hanfverband WPSEU 019/2019

**1. Die deutsche Drogenpolitik basiert auf vier Säulen: Prävention, Beratung und Behandlung, Überlebenshilfe und Schadensminimierung, Repression und Angebotsminimierung. In Deutschland und in vielen anderen europäischen Staaten werden weit mehr Ressourcen für Repression als für Prävention ausgegeben. Wie bewerten Sie die Schwerpunktsetzung in der Drogenpolitik? Halten Sie Repression und die Kriminalisierung von Drogenkonsumenten für eine sinnvolle Säule der Drogenpolitik?**

Antwort:

Ziel einer sozialdemokratischen Drogenpolitik ist es, die Zahl von Suchterkrankungen insgesamt zu reduzieren. Das gilt ganz unabhängig davon, ob diese durch Alkohol und Nikotin oder durch Drogen wie Cannabis, Amphetamine, Kokain oder Heroin hervorgerufen werden.

Die SPD hat sich immer wieder unter unterschiedlichen Aspekten mit der Frage beschäftigt, ob Möglichkeiten gesehen werden, Cannabis in gewissem Umfang zu legalisieren. In der Gesamtbewertung bleiben wir dabei, dass die SPD einer generellen Legalisierung von Cannabis kritisch gegenübersteht, aber offen ist für die lokal begrenzte Erprobung einer regulierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene

Cannabis ist keine harmlose Droge. Fast 13.000 Personen wenden sich jährlich aufgrund schädlichen Gebrauchs oder Abhängigkeit von Cannabisprodukten an ambulante Einrichtungen. Das gesundheitliche Gefährdungspotential vor allem durch regelmäßigen und intensiven Cannabis-Konsum und insbesondere für die immer jüngeren Erstkonsumentinnen und -konsumenten darf nicht unterschätzt und nicht bagatellisiert werden.

Wir halten an der grundsätzlichen Strafbarkeit des Besitzes, des Anbaus und des Inverkehrbringens von Cannabis fest. Richtig ist, dass die strafrechtlichen Folgen von geringfügigem Cannabis-Besitz nicht den Lebensweg von jungen Menschen zerstören dürfen. Die SPD setzt sich deshalb seit Jahren für eine Entkriminalisierung der Süchtigen und für Drogenprävention ein.

## **2. Welche europäischen Initiativen sind für Ihre Partei in der europäischen Drogenpolitik vordringlich?**

Derzeit gibt es nur sehr wenige offizielle Daten zur Forschung vom Einsatz von Cannabis zum medizinischen Zweck. Weiterhin gibt es keinen geregelten Austausch über Forschungsprojekte zu medizinischen Cannabis innerhalb der Mitgliedstaaten. Deshalb machen sich die Sozialdemokraten dafür stark, dass es europäisch geförderte Forschung zum Einsatz von Cannabis in der Medizin gibt.

### **3. Menschen, die Cannabis konsumieren, werden immer noch strafrechtlich verfolgt. Wollen Sie diese Strafverfolgung generell mildern, verschärfen oder unverändert lassen?**

Es gibt in der EU kein harmonisiertes Recht für die Strafverfolgung von Cannabiskonsum. Daher liegt die Frage der Strafbarkeit von Konsumentinnen und Konsumenten in der Verantwortung der EU-Mitgliedsstaaten. Dabei ist vor allem zu beachten, dass eine strafrechtliche Verfolgung von geringfügigem Cannabis-Besitz nicht den Lebensweg junger Menschen zerstören darf.

Grundsätzlich plädiert die SPD auf Bundesebene für bundesweit einheitliche Regelungen für geringe Mengen von Betäubungsmitteln. Hierzu bedarf es aber der Bereitschaft verschiedener Akteure in Bund und Land.

### **4. Nach einer Umfrage von infratest dimap**

[[https://hanfverband.de/sites/hanfverband.de/files/181022\\_hanfverband\\_graf.pdf](https://hanfverband.de/sites/hanfverband.de/files/181022_hanfverband_graf.pdf)] **im Auftrag des Deutschen Hanfverbandes spricht sich eine Mehrheit der Deutschen für eine Entkriminalisierung von konsumbezogenen Bagatelldelikten beim Cannabis aus. Wie stehen Sie zur Entkriminalisierung von Cannabis?**

### **5. Wollen Sie die Strafverfolgung des Anbaus weniger Hanfpflanzen zur Deckung des Eigenbedarfs mildern, verschärfen oder unverändert lassen?**

Gemeinsame Antwort:

Richtig ist, dass die strafrechtlichen Folgen von geringfügigem Cannabis-Besitz nicht den Lebensweg von jungen Menschen zerstören dürfen. Die SPD setzt sich deshalb seit Jahren für eine Entkriminalisierung der Süchtigen und für Drogenprävention ein. Daher schließen wir uns den Forderungen der SPD-Bundestagsfraktion nach der Einrichtung von Modellprojekten mit begleitenden Präventionsangeboten und einem Abgabesystem mit klaren Jugendschutzregelungen an.

### **6. Ein regulierter legaler Markt bietet die Möglichkeit von Qualitätskontrollen bei Cannabisprodukten. Auf dem heutigen Schwarzmarkt sind der Wirkstoffgehalt sowie mögliche Verunreinigungen und Beimengungen des Cannabis für den Konsumenten nicht ersichtlich. Unter dem Aspekt der Schadensminimierung wäre die Möglichkeit für anonyme Substanzanalysen ein drogenpolitisches Instrument, das auch jetzt genutzt werden könnte. Wie stehen Sie zur Qualitätskontrolle (Drug-Checking) von Substanzen wie Cannabis?**

Antwort:

Aus unserer Sicht kann Drug-Checking ein Baustein einer umfassenden Beratungs- und Präventionsstrategie sein. Es kann dabei insbesondere hilfreich sein, Informationen über Trends und Konsumgründe von Konsumentinnen und Konsumenten zu gewinnen. Zudem können Warnungen vor Substanzen mit beispielsweise hohem Risikopotenzial oder Überdosierung direkt an Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben werden. Daher halten wir Modellversuche zur Praktikabilität von Drug-Checking für unterstützenswert.

### **7. Viele drogenpolitische Maßnahmen betreffen eher Bundesrecht. Haben Sie vor, Ihre drogenpolitischen Positionen auch europaweit zu vertreten?**

Antwort:

Die EU hat lediglich die Kompetenz, die Maßnahmen der Mitgliedsstaaten im Bereich der Drogenpolitik zu ergänzen. Im Rahmen dessen werden wir die geschilderten Positionen auch hier vor Ort in den europäischen Institutionen vertreten.

**8. Welche drogenpolitischen Initiativen gab es von Ihrer Partei und Europafraktion (bzw. Landesgruppe in Ihrer Fraktion) in der aktuellen Legislaturperiode auf der europäischen Ebene?**

Antwort:

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament haben sich in zu Ende gehenden Legislaturperiode vor allem darauf konzentriert, den Einsatz von Cannabis aus medizinischen Zwecken in der EU zu ermöglichen. Medizinisches Cannabis kann Patientinnen und Patienten helfen, jedoch ist aktuell der Zugang zu medizinischem Cannabis und der Rechtsrahmen in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. Die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten müssen daher einen Schritt nach vorne gehen und glaubwürdige, unabhängige und umfangreiche Forschungsarbeiten zum Einsatz von Cannabis in der Medizin ermöglichen.

**9. Welche drogenpolitischen Initiativen plant Ihre Partei und Fraktion (bzw. Landesgruppe in der Fraktion) für die kommende Legislaturperiode?**

Antwort:

Drogenpolitik ist den nationalen Regierungen vorbehalten. Auf europäischer Ebene haben wir bereits in dieser Legislaturperiode die Kommission und die nationalen Behörden aufgefordert die Rechtsvorschriften zum Einsatz von Cannabis in der Medizin zu lockern und deutlich zwischen Arzneimitteln auf Cannabis-Basis und anderen Anwendungen von Cannabis zu unterscheiden. Im Fokus der europäischen Arbeit steht die Förderung der Nutzung von Arzneimittel auf Cannabis-Basis. Hier soll besonders die Innovation im Bereich Cannabis in der Medizin gefördert werden. Auch möchten wir, dass Krankenkassen in einzelnen Mitgliedsländer wirksame Arzneimittel auf Cannabis-Basis übernehmen sollen. In Deutschland ist dies bereits der Fall.

**10. Es werden derzeit unterschiedliche Modelle für die Legalisierung weltweit diskutiert und teilweise erprobt. Die öffentliche Zustimmung für eine Legalisierung steigt derzeit rasant. Als erstes europäisches Land kündigte die neue Koalition in Luxemburg eine Legalisierung an. Die Frage ist nicht mehr so sehr, ob wir legalisieren, sondern wie wir regulieren. Wie sollte Ihrer Meinung nach ein regulierter Markt für Cannabisprodukte aussehen?**

Antwort:

Ob Cannabis in der Zukunft komplett legalisiert wird, ist derzeit nicht absehbar. Der Fokus auf europäischer Ebene liegt daher zunächst auf den Gebrauch von Cannabis als Arzneimittel und auf einer Entkriminalisierung. Eigenanbau, Modellprojekte in Kommunen oder auch die generelle Liberalisierung von Cannabis sind Fragen, die in der SPD auf nationaler Ebene nach wie vor kontrovers und leidenschaftlich diskutiert werden. Diese Diskussion spiegelt nicht weniger als die Diskussion um Cannabis in unserer Gesellschaft wieder, die zunehmend unideologisch und sachorientiert geführt wird. Wir begrüßen dies als SPD ausdrücklich!